

Handelsverband Österreich
Alser Straße 45
1080 Wien
office@handelsverband.at

**Offener Brief des Lebensmitteleinzelhandels
an die SPÖ**

z.H. Hr. Vizekanzler Andreas Babler, MSc
z.H. Fr. Bundesministerin Korinna Schumann
z.H. Hr. Bundesminister Dr. Markus Marterbauer

Wien, 21. August 2025

Betrifft: Offener Brief des Lebensmitteleinzelhandels an die SPÖ bzgl. Teuerung

Sehr geehrter Herr Vizekanzler Babler, MSc,
sehr geehrte Frau Sozialministerin Schumann, sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Marterbauer,
sehr geehrte SPÖ-Mitglieder der österreichischen Bundesregierung,

in Österreich wird aktuell intensiv über die Entwicklung der **Lebensmittelpreise** diskutiert. Als Vertreter des heimischen Lebensmitteleinzelhandels (LEH) möchten wir diese Debatte zum Anlass nehmen, zu zentralen Aspekten der Diskussion Stellung zu beziehen und unsere große Sorge über den Vorschlag staatlicher Preiseingriffe zum Ausdruck zu bringen: **Staatliche Preiseingriffe gefährden die Nahversorgung der österreichischen Bevölkerung** mit hochqualitativen, regionalen Nahrungsmitteln. Negativbeispiele wie der Preisdeckel für Lebensmittel in Ungarn, der leeren Regale, Versorgungsengpässe und eine hohe Inflation zur Folge hatte, haben dies gezeigt.

Daher appellieren wir heute an Sie: **Gehen Sie mit der Nahversorgung unseres Landes politisch nicht achtlos um.** Wir haben absolutes Verständnis dafür, dass hohe Lebensmittelpreise ein Problem für die Menschen in Österreich sind. **Der LEH ist jedoch nicht Verursacher, sondern selbst Betroffener der Teuerung.** Wir können das Problem als Branche daher nicht alleine lösen, vielmehr muss die Politik die Ursachen der Inflation an der Wurzel anpacken. Konkret heißt das: **Leistbare Energie, Verbot territorialer Lieferbeschränkungen, Bürokratieabbau und eine Senkung der Personalkosten.**

Insbesondere möchten wir Sie dazu einladen, in der aktuellen Diskussion zwischen **Ursache und Wirkung** klar zu unterscheiden. Die Preissteigerungen im Lebensmittelhandel sind nicht hausgemacht, sondern Folge massiv gestiegener Kosten in den letzten drei Jahren – etwa für **Energie, Mieten, Betriebskosten, Logistik, Verpackungen, Fremdkapital und Personal**. Die tatsächliche Rentabilität im österreichischen Lebensmittelhandel liegt lediglich bei durchschnittlich **0,5% bis 2% des Umsatzes**.

Staatliche Eingriffe in die Preisgestaltung würden bedeuten, dass diese Kosten nicht mehr gedeckt werden können. In der Folge müssten Artikel, die nicht kostendeckend angeboten werden können, aus dem Sortiment genommen werden. Das würde zu einer geringeren Auswahl und sinkender Qualität für die Konsument:innen führen – ein Szenario, das sicher nicht im Interesse der österreichischen Bevölkerung und der Politik liegt.

Das Narrativ, wonach der Lebensmitteleinzelhandel ein Profiteur der Inflation sei, wurde von der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) mit Zahlen und Fakten bereits widerlegt. Im österreichischen LEH herrscht ein harter Wettbewerb, der nicht zuletzt stark über den Preis geführt wird. Dieser Wettbewerb garantiert, dass die Verbraucher:innen die bestmöglichen Preise vorfinden. Das zeigt sich auch daran, dass die Teuerung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken in Österreich im Gesamtjahr 2024 mit +2,6% deutlich unter der allgemeinen Inflation von +2,9% lag, **der LEH hat also inflationsdämpfend agiert.**

Die Wahrheit ist auch: **Österreich ist das Land der Indexierungen**, wie man etwa an den gewerblichen Mietpreiserhöhungen sieht. Damit nicht genug: Ende 2024 sind wichtige Entlastungen und Zuschüsse im Energiesektor weggefallen, gleichzeitig wurden die Elektrizitätsabgabe sowie die Erdgasabgabe erhöht und die Netzkosten für Strom und Gas signifikant angehoben. Dadurch sind die **Strompreise seit Jahresbeginn um ein Drittel gestiegen**. Während sich die energieintensive Industrie für 2025 und 2026 immerhin über einen Strompreisbonus freuen darf, bleibt der Handel auf sämtlichen Zusatzkosten sitzen.

Ein wesentlicher Treiber für die höheren Preise internationaler Markenartikel im österreichischen Lebensmittelhandel im Vergleich zu Deutschland sind die territorialen Lieferbeschränkungen globaler Markenartikelkonzerne. Während Produzenten ihre Waren europaweit herstellen und Konsument:innen diese grenzüberschreitend erwerben können, wird dem österreichischen LEH durch die Markenartikelindustrie verwehrt, Produkte in einem EU-Mitgliedsstaat zu kaufen und in einem anderen weiterzuverkaufen. Stattdessen verrechnen globale FMCG-Unternehmen dem LEH in Österreich für identische Markenartikel laut BWB um **15% bis 20% höhere Beschaffungspreise** als etwa in Deutschland. Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) bezeichnet diese Praxis als **"Österreich-Preisauflage"** – eine Form der Diskriminierung zulasten der österreichischen Konsument:innen. Der österreichische Lebensmittelhandel fordert seit Jahren ein Verbot dieser unfairen Praktiken. Umso mehr begrüßen wir, dass sich nun auch die Bundesregierung geschlossen für ein rasches Verbot des Österreich-Preisauflages auf EU-Ebene einsetzt. Allein dadurch könnten die europäischen Verbraucher:innen pro Jahr potenziell bis zu **19 Milliarden Euro einsparen**.

Auch in puncto **Transparenz** agiert der LEH vorbildlich und hat nichts zu verbergen. Alle Lebensmittelhändler mit mindestens 100 Filialen übermitteln Einkaufspreise an die **Agrarmarkt Austria (AMA)**. Die Daten werden an die EU-Kommission weitergeleitet. Zusätzliche Meldepflichten würden ebenso wie Preisvergleichsrechner oder eine Preiskommission für Lebensmittel den Konsument:innen keinen zusätzlichen Nutzen bringen, sondern lediglich die **Bürokratielawine** vergrößern und die Kosten erhöhen. Die Bundesregierung ist eigentlich mit dem Versprechen angetreten, das Gegenteil zu tun, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und Betriebe zu entlasten.

Auch die regulativen Vorschriften zur **Preisauszeichnung** sind in kaum einem Land so streng wie in Österreich. Der Anspruch der österreichischen Lebensmittelhändler ist es, die Preise sämtlicher Artikel in allen Filialen stets korrekt und transparent auszuloben. Die **Klage des Sozialministeriums bzw. VKI** hierzu können wir noch nicht kommentieren, weil diese bis dato weder den vier betroffenen Händlern noch dem Handelsverband zugestellt wurde. Es ist jedenfalls bedenklich und bezeichnend, dass die Medien vor den direkt betroffenen Unternehmen informiert wurden.

Für einen sachlichen und fachlich fundierten Dialog über die Ursachen und sachgerechte Lösungsansätze zur Bekämpfung steigender Lebensmittelpreise stehen wir als Lebensmittelhandel jederzeit gerne zur Verfügung. Eine zukunftsorientierte Politik sollte nicht nur über, sondern auch mit der Wirtschaft und ihren Unternehmen sprechen.

Mit besten Grüßen,

